

**Rede von
Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly
am 18. Februar 2005 bei der Tagung
der bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit
„Rechtsextremismus in Deutschland und seine Bekämpfung“
im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg**

**Der Umgang mit Rechtsextremismus in der städtischen
Zivilgesellschaft**

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich habe den Titel „Rechtsextremismus und Zivilgesellschaft“ bewusst gewählt, weil Rechtsradikalismus kein Thema ist, das sich auf das Koordinatensystem des Parteienspektrums beschränken lässt. Es handelt sich um eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Das ist mehr als eine juristische – wenngleich es *auch* eine juristische ist.

In meiner Brust schlagen mehrere Herzen:

Einerseits – abstrakt und allgemein – halte ich unsere Demokratie für gleichermaßen stark wie wehrhaft, so dass sie auch Demonstrationen und öffentliche Äußerungen der abartigsten Art aushalten und daher nicht juristisch unterbinden muss. Das derzeitige Gezerre um zusätzliche Bannmeilen rund um das Brandenburger Tor in Berlin gibt mir fast recht.

Andererseits – wenn dann mal wieder die Typen aufmarschieren sieht, sei es am ehemaligen Reichsparteitagsgelände oder auch mitten in der Stadt – teile ich die tiefe menschliche Sehnsucht der Mehrheit, so etwas einfach zu verbieten.

„Dritterseits“ – und das darf man nicht gering einschätzen – lösen solche Nazi-Aufmärsche immer auch ein Stück gelebte Demokratie aus. So haben in diesen Tagen 50 000 Menschen gegen eine rechte Einvernahme des Gedenkens an die Bombennacht in Dresden demonstriert.

Dann beziehen der bayerische Innenminister Dr. Günther Beckstein und ich als Nürnberger Oberbürgermeister gemeinsam hier vor der Tür des Dokumentationszentrums wie im Herbst 2003 gegen Rechtsextreme Position – was so manchem Alt-Diplomantifaschisten das Weltbild durcheinandergewirbelt hat.

Wenn die Kinder zuhause ohne pädagogische Vorarbeit der Eltern sagen „Wir gehen heute gegen die Nazis demonstrieren“ oder auch gegen den Irak-Krieg oder gegen einen Umwelteingriff, dann sind das Akte einer Ur-Politisierung, ohne die ein aktives Eintreten für Demokratie in einer Biographie oft nicht denkbar wäre. Wenn immer alles selig ruhig ist, schläft man auch weiter, wenn etwas passiert.

„Vierterseits“ werden aber auch solche Dinge manchmal zu Ritualen. Ritualisierter Protest läuft Gefahr, sinnentleert zu werden. Aktion im Sinne von Handeln wird dann zum Aktionismus im Sinne von Gewissensberuhigung.

Wenn das Gewissen beruhigt ist, ist es aber noch lange nicht inhaltlich durchdrungen.

Tendenziell verdecken schärfere Gesetze das Problem vielleicht, lösen es aber nicht.

Im Folgenden möchte ich einige Bausteine einer gesamtgesellschaftlichen Strategie benennen. Das ist kein Rezept. Für wichtig halte ich aber den Diskurs darüber.

Meine To-do-Liste sieht so aus:

1. Informieren – dokumentieren – konfrontieren – die spezifisch deutsche Verantwortung

60 Jahre nach Kriegsende sind wir auf dem Weg zur papierenen Geschichte. Einerseits ist das ein Stück Normalität, andererseits besteht die Gefahr, dass *Erkenntnis* über das historisch Einzigartige der Nazi-Zeit verloren geht.

Ein gutes Beispiel für die Vermittlung von Geschichte ist sicher hier das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit bis zu 200 000 überwiegend jugendlichen Besuchern jährlich. Andere Beispiele deutscher Verantwortungsarbeit sind weniger geeignet – etwa die Holocaust-Gedenkstätte von Eisenman in Berlin oder die ritualisierte „Zwangserinnerung“ in der ehemaligen DDR wie zum Beispiel im KZ Buchenwald.

Ich halte Zeitzeugengespräche mit ehemaligen KZ-Häftlingen, Zwangsarbeitern, Schulaktionen zur Spurensuche vor der eigenen Haustüre und die Begegnung mit den Orten des Terrors für notwendig: dokumentieren – informieren – konfrontieren, das heißt Begegnung schaffen mit diesen Formen der Mediatisierung von Geschichte.

Aber Vorsicht! Deutsche haben immer noch ein sehr unaufgeräumtes Verhältnis zur Thematik Schuld und Verantwortung. Der deutsche „Schuldgefühldruck“ birgt in sich die Gefahr, dass man sich eine Schutzschicht zulegt, die verhindert, dass Erkenntnis das Bewusstsein durchdringt.

Eine besondere Verantwortung der „Nachgeborenen“ ist es, klar zwischen Schuld und Verantwortung zu unterscheiden. Unsere politische Verantwortung ist dauerhaft, die deutsche Schuld auch, die Schuld der Deutschen individuell ist es nicht. Die Schuldigen sterben aus.

2. Erziehung zu Demokratie und Menschenrechten

„Stark durch Erziehung“ heißt ein Programm des Jugendamts in Nürnberg. Es meint: „stark“ gegen Drogen, „stark“ gegen Gewalt „stark“ in Zivilcourage zu sein.

Das ist kein abstrakter Bildungsauftrag. Stark machen wir die Kinder, indem wir ihnen praktisch, emotional, visuell, haptisch die Themen nahe bringen.

Menschenrechtserziehung ist ein kümmerliches Pflänzchen in deutschen curricula – das muss sich ändern. Wir lernen – PISA hin oder her – lesen, schreiben, rechnen, aber vergleichsweise wenig über Menschenrechte, über Konfliktlösung oder soziale Kompetenz. Ein Ansatz ist ein eigenes Streitschlichterprogramm in den Schulen der Stadt Nürnberg. Deshalb – nicht nur wegen uns – , sondern wegen der überwältigenden Bedeutung der Menschenrechtserziehung haben die Vereinten Nationen das nächste Jahrzehnt zur Dekade der Menschenrechtserziehung ausgerufen. Darin liegt sicher ein Schlüssel zu mehr demokratischer Nachhaltigkeit in den Köpfen.

3. Verantwortlicher Umgang mit Thema Fremdheit und Integration

Xenophobie und Ausgrenzung sind Basis rechtsradikaler Politik. Immer und überall.

Warum tun wir uns bei der Migrations- und Integrationsgeschichte so schwer? Es gibt in Deutschland (wie in manch anderem Land Europas) eigentlich keine Integrationsgeschichte. Wir haben Zuwanderung immer so betrachtet, als wären wir es, die den Hahn mal aufdrehen wie bei den Gastarbeitern in den 60er und 70er Jahren, mal zudrehen wie bei Änderung des Asylrechts Anfang der 80er Jahre, dann wieder aufdrehen wie bei den Russlanddeutschen und irgendwie lebten wir in der Fiktion, die würden alle irgendwann mal wieder heimgehen oder alle so werden wie wir.

Unser Staatsangehörigkeitsrecht war uns jahrelang im Weg gestanden. Die Tradition dieses Rechts tut es heute noch. Migrationsprobleme haben als allerletztes mit dem

Pass zu tun, was sich an vielen Russlanddeutschen, die Deutsche im „Sinne des Grundgesetzes“ sind, zeigen lässt. Deshalb müssen sich unsere Integrationsangebote an der „Lebenslage“ Migration orientieren, völlig unabhängig von der Staatsangehörigkeit. Und: Eine echte Integration gibt es nicht ohne gleichberechtigte politische Partizipation – was ein Wahlrecht nach dem Wohnortprinzip bedeutet.

„Multi-Kulti als Gesellschaftsvision ist gescheitert.“ Das ist eine schlichte Themaverfehlung, denn die multikulturelle Gesellschaft ist Realität, nicht Vision. Realität kann nicht scheitern, man kann sich ihr verweigern, aber das sollte man nicht tun.

Was wäre auch bitte die Konsequenz? Monokulti? Von Amts wegen verordnetes „deutsch sein“? Oder eben die deutsche Leitkultur? Diesem Begriff will ich jetzt nachgehen.

Was bedeutet „Leiten“? Führen, anleiten? Wen und wohin? Die Migranten wegführen von ihrer eigenen Kultur und Identität?

Unsere Kultur ist die Summe historischer, gesellschaftlicher, politischer, sozialer, musischer, ja auch kulinarischer Faktoren, die die gesellschaftliche Identität Deutschlands beschreibt. Wir wachsen in sie hinein und sie wächst in uns. Sie ist schon innerhalb Deutschlands, auch innerhalb Bayerns in mehr als in Nuancen unterschiedlich. Aber da besteht ja „Einigkeit über die Verschiedenheit“. Diesen Begriff würde ich auch gerne in der Integrationsdebatte verwenden: Einigkeit über die Verschiedenheit herstellen.

Der Begriff „Leitkultur“ taugt nichts und sollte so schnell es geht, in die Mottenkiste der Agitation gesteckt werden. Außer er soll bewusst Missverständnisse auslösen.

Meine Überzeugung ist: Wir müssen eine gesellschaftliche Einigung über die Verschiedenheit herstellen, die Kraft der Nürnberger Identität nutzen – und lokale Identitäten haben eine hohe Kohäsionskraft – um unterhalb dieser Identität eine Menge von Verschiedenheit nicht nur zuzulassen, sondern von ihr zu profitieren.

Die deutsche Geschichte ist wie die Geschichte in Stadt und Region eine Geschichte von Migration, Integration und oft auch – nach vielen Generationen erst – kultureller Verschmelzung. Jede der Zuzugswellen hat bei uns Spuren hinterlassen, unsere heutige Kultur mit geprägt.

4. Keine „adjektivlose“ Marktwirtschaft

Das ragt in das Thema hinein, das – typisch deutsch – vor einigen Tagen mit kaum zu überbietender Oberflächlichkeit diskutiert worden ist: die Analogien zu Weimar, die Frage, wer an den Nazi-Stimmen „schuld“ sein könnte.

Das ist natürlich so wie da besprochen Quatsch. Gleichwohl ist eine sich verfestigende soziale Segregation ein Thema für Politik und Gesellschaft. Mit den ökonomischen Krisen der 70er und 80er Jahre haben wir alle – und mit uns die Betroffenen – immer die Illusion, das seien „vorübergehende Phänomene.“ Die Globalisierung hat diese Fiktion aufgelöst.

1. Es gibt seit 30 Jahren den soziologischen Typus des „Modernisierungsverlierers“, Leute, die im Strukturwandel entlassen und mit dem Verlust der Arbeit ihrer gesellschaftlichen Legitimation beraubt wurden.
2. Es gibt seit 15 Jahren den Typus des „Wiedervereinigungsverlierers“, Menschen, die die Strukturiertheit ihres Lebens – und wieder die aus der beruflichen Stellung resultierende gesellschaftliche Legitimation – verloren haben.. Menschen die heute gegebenenfalls materiell über mehr verfügen als früher – rein quantitativ – , die aber subjektiv jetzt zu den Armen gehören. Arm und reich ist individuell verstanden ein relatives Phänomen.
3. Die dritte Gruppe – die Grenzen sind natürlich fließend – sind die in der Globalisierung heimatlos gewordenen. Die das Gefühl haben, Spielball einer Entwicklung geworden zu sein, die von Deutschland aus nicht mehr beeinflusst werden können.

Die, die wahrnehmen, dass sich ein Paradigmenwechsel in der internationalen Arbeitsteilung ergeben hat. Arbeitsteiligkeit ist ein Phänomen, das die Deutschen seit 50 Jahren kennen. Einfache Massenware haben immer schon die „Billiglöhner“ produziert. Nur haben wir früher in der Annahme gelebt, die Auf- und Zuteilung der Arbeitsteilung würde von deutschen Firmen nach deutschen Spielregeln erfolgen. Das ist nicht mehr so. Ein Phänomen übrigens, das auch manchen Wirtschaftswissenschaftlicher zur Verzweiflung bringt. Die anderen entscheiden jetzt nämlich selber nicht nur darüber, wie viel billiger sie sind, sondern auch was sie alles billiger und besser machen.

Daraus resultiert eine individuelle Ohnmacht, die auch als gesellschaftliche Ohnmacht empfunden wird.

An all dem kann die Politik nichts ändern. Aber es erzeugt das Gefühl, dass Marktwirtschaft nur solange „sozial“ war, wie sie es sich leisten konnte. Deshalb halte ich es für wichtig, dass in Deutschland Marktwirtschaft neu sozial definiert wird und dass wir unsere weltweite Stärke so in die Globalisierung einbringen, dass auch die nicht nur nach den Gesetzen der härtesten Ellbogen funktioniert.

Der Diskurs über das „soziale“ und auch das Leben desselben in Deutschland und darüber hinaus hat ein das politische System stabilisierendes Element.

Fazit:

Ich habe kein Rezept, nicht mal Rezepturen. Aber ich sehe politische und gesellschaftliche Handlungsfelder, auf denen wir reaktiv, vor allem aber präventiv auf rechtsradikale Entwicklungen eingehen können. Der ernsthafte Wille zur Bekämpfung solcher Strömungen schließt allerdings aus, dass wir die Rechtsradikalen zu nützlichen Idioten im politischen Alltagsstreit machen.

Das ist die Frage der politischen Verantwortung.